

# VERGABEUNTERLAGEN

2025000086

Qualifizierungssystem Stationsleittechnik

Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

Qualifizierungssystem (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Hamburger Energienetze GmbH

Bramfelder Chaussee 130, 22177 Hamburg, Deutschland

---

29.08.2025

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
.....	2
Informationen zum Qualifizierungssystem - Stationsleittechnik .....	2
Geheimhaltungserklärung Q-System Stationsleittechnik .....	15
Eignungskriterien.....	21
Anlagen .....	26

### INFORMATIONEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM

Es ist beabsichtigt, zu einem Qualifizierungssystem aufzurufen. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

### INFORMATIONEN

#### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2025000086
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Qualifizierungssystem Stationsleittechnik
Auftragsbeschreibung	Die Qualifizierung umfasst den Bereich Stationsleittechnik. Für die Erneuerung von 110-kV-Schaltanlagen (SA) und 110-kV-/10-kV-Umspannwerken (UW) im Hochspannungsnetz der Hamburger Energienetze GmbH soll einheitliche Stationsleittechnik eingesetzt werden. Dafür soll ein komplettes Leittechniksystem qualifiziert werden. Dabei sind zwei unterschiedliche Ausprägungen zu qualifizieren. Zum einen ein System mit einem Stationsbus nach IEC 60870-5-104 sowie Ankopplung von Schutzgeräten über Protokoll nach IEC 60870-5-103. Zum anderen ein System mit einem Stationsbus nach IEC 61850.

#### VERFAHREN

Auftraggeber	Hamburger Energienetze GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Sektorenauftraggeber
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

#### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Klassifizierungen	Code	Bezeichnung
	42961000-0	Steuerungs- und Kontrollsystem

### TERMINE

#### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	07.04.2025
----------------	------------

#### ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Laufzeit	Unbegrenzte Laufzeit
----------	----------------------

### ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

### BEWERBERFRAGEN

Bewerberfragen können bis zum Ende des Qualifizierungssystems eingehen. Bewerberfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://portal.deutsche-e-vergabe.de>  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bewerberfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

# **Wichtige Informationen**

## **zum Qualifizierungssystem (Q-System)**

### **Stationsleittechnik**

Hamburg, den 19.03.2025

Auftraggeber: Hamburger Energienetze GmbH  
Bramfelder Chaussee 130  
22177 Hamburg

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Allgemeine Informationen/Beschreibung .....</b>	<b>3</b>
1.1	Allgemeines zum Qualifizierungssystem .....	3
1.2	Gegenstand dieses Qualifizierungssystems.....	3
1.3	Lastenheft.....	4
1.4	Kosten des Qualifizierungssystems.....	4
1.5	Laufzeit des Qualifizierungssystems .....	4
<b>2</b>	<b>Anforderungen und Ablauf des Qualifizierungsverfahren.....</b>	<b>4</b>
2.1	Ablauf des Qualifikationsverfahrens und formale Vorgaben an den Qualifizierungsantrag (Bewerbung).....	4
2.2	Geräte-/ Musterprüfung.....	7
2.2.1	Allgemeiner Ablauf .....	7
2.3	Fristen und Nachbesserungen .....	7
2.4	Zulässigkeit eines Antrages zur Qualifizierung.....	8
2.5	Ergebnis Qualifizierungsantrag .....	8
2.5.1	Gültigkeit der Qualifizierung .....	9
2.5.2	Lieferanten-Qualitätsstatus (QS) nach erfolgreicher Qualifizierung.....	9
2.5.3	Änderungen im Qualitätsstatus (QS) .....	10
2.5.4	Liste qualifizierter Bewerber .....	10
2.6	Geräteaktualisierungen/ Produktneuerungen .....	11
2.7	Ausschreibungsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe .....	11
2.8	Ende der Qualifizierung.....	12
<b>3</b>	<b>Haftungsausschluss.....</b>	<b>12</b>

## **1 Allgemeine Informationen/Beschreibung**

### **1.1 Allgemeines zum Qualifizierungssystem**

Als öffentlicher Auftraggeber und Sektorenauftraggeber gemäß § 100 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) ist es der Hamburger Energienetze GmbH möglich, ein oder mehrere Qualifizierungssysteme nach § 48 SektVO (Sektorenverordnung) einzurichten und zu verwalten.

Das Qualifizierungssystem dient der Eignungsfeststellung für die beschriebenen Leistungen und ermöglicht den direkten Einstieg in ein Nichtoffenes Verfahren oder Verhandlungsverfahren ohne weiteren Teilnahmewettbewerb. Die an dem entsprechenden Wettbewerb teilnehmenden Unternehmen werden aus denjenigen Unternehmen ausgewählt, die sich im Rahmen des entsprechenden Qualifizierungssystems qualifiziert haben und in den entsprechenden Pool aufgenommen wurden.

Dem Auftraggeber obliegt es, für Bedarfe in unterschiedlichsten Größenordnungen auf die Eignungsfeststellung dieses Qualifizierungssystems zuzugreifen und entsprechende Vergabeverfahren zu eröffnen. Es bleibt ihm jedoch unbenommen, einzelne Beschaffungsbedarfe auch ohne Zugriff auf das Qualifizierungssystem zu decken.

Im Falle einer Qualifikation für das Qualifizierungssystem werden zunächst keine konkreten Leistungen vertraglich vereinbart, sondern lediglich die generelle Eignung des Unternehmens festgestellt.

Bewerber deren Eignung geprüft und festgestellt wurde, werden der Hamburger Energienetze GmbH in einem entsprechenden Verzeichnis geführt. Die festgelegten Eignungskriterien werden regelmäßig durch den Auftraggeber überprüft. Eine Änderung oder Anpassung von Eignungskriterien ist dabei durch den Auftraggeber möglich, jedoch den Bewerbern entsprechend mitzuteilen.

### **1.2 Gegenstand dieses Qualifizierungssystems**

Mit diesem Qualifizierungssystem soll die Möglichkeit geschaffen werden, nach erfolgtem Vergabeverfahren, die Lieferung in hoher Qualität umzusetzen.

Es handelt sich hierbei um die Qualifizierung für ein Stationsleittechniksystem für den Einsatz in Hochspannungsanlagen. Die jeweiligen Anlagenteile sind modular aufgebaut und erweiterbar. Die Kommunikation zwischen den Geräten erfolgt entweder mit IEC 60870-5-101 / 103 / 104 oder IEC 61850.

### **1.3 Lastenheft**

Das Lastenheft enthält Anforderungen an die Gerätetechnik, dem allgemeinen System und Ablauf, aus denen sich zusammen mit den Anlagen und den allgemeinen Normen die Ausschlusskriterien zusammensetzen. Die Qualifizierung kann bei Erfüllung aller Ausschlusskriterien sowie erfolgreicher Prüfung ausgesprochen werden.

### **1.4 Kosten des Qualifizierungssystems**

Auftraggeber und Bewerber tragen die für die Qualifizierung anfallenden Kosten jeweils selbst. Die Vorlage von Bescheinigungen, Zertifikaten etc. erfolgt für den Auftraggeber kostenlos, auch soweit diese ausdrücklich angefordert wurden.

Der Auftraggeber wird keine Gebühren i.S.v. § 48 Abs. 10 SektVO im Zusammenhang mit Anträgen auf Qualifizierung, der Aktualisierung oder der Aufrechterhaltung einer bereits bestehenden Qualifizierung für das System erheben.

### **1.5 Laufzeit des Qualifizierungssystems**

Die Laufzeit des Qualifizierungssystems ist nicht begrenzt. Interessenten können jederzeit den Antrag auf Aufnahme stellen. Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit Änderungen an dem Qualifizierungssystem vorzunehmen oder das Qualifizierungssystem zu beenden. Die Maßgaben des §37 SektVO finden Anwendung.

## **2 Anforderungen und Ablauf des Qualifizierungsverfahren**

### **2.1 Ablauf des Qualifikationsverfahrens und formale Vorgaben an den Qualifizierungsantrag (Bewerbung)**

Die Bewerbung/der Qualifizierungsantrag ist ausschließlich in elektronischer Form über die e-Vergabe-Plattform via

**[www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de)**

einzureichen. Die Nutzung des Portals [deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de) ist für Bewerber und Bieter kostenfrei. Bewerbungen/Anträge können nur dort abgegeben werden. Auf anderem Weg übermittelte Bewerbungen sind nicht zugelassen.

**Einige Dokumente unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Um diese Dokumente zu erhalten, muss vor Qualifizierungsbeginn die angehängte Geheimhaltungsvereinbarung unterschrieben zugeschickt werden.**

Mit dem Antrag ist durch den Bewerber in beschriebener Form in deutscher Sprache der Nachweis der Einhaltung der Eignungskriterien beizubringen.

Die Eignungskriterien sind über den entsprechenden Abschnitt in der eVergabe bzw. mittels eigener Anlagen nachzuweisen. Hinweise auf frühere Bewerbungen reichen als Nachweis nicht aus.

- ➔ Nur sofern der Raum für die Beantwortung einzelner Fragen nicht ausreicht, ist ein gesondertes Blatt unter Angabe der jeweiligen Ziffer zu verwenden und als Anlage Ihrem Antrag beizufügen.
- ➔ Vorsätzlich falsche Angaben führen zum Ausschluss vom Verfahren.
- ➔ Alle Nachweise zur Einhaltung der Teilnahmebedingungen sind zur leichteren Prüfung an der entsprechenden Stelle (Abschnitt "Eigene Anlagen") und mit einem bezeichnenden Dateinamen hochzuladen.
  - Die entsprechenden Dateinamen müssen mit der Kurzbezeichnung des Firmennamens beginnen, anschließend die betreffende Ziffer aus den Eignungskriterien bezeichnen und eine treffende Abkürzung zum Inhalt enthalten. Dabei darf eine Dateinamenlänge von 60 Zeichen nicht überschritten werden. (Beispiel: „Musterbewerber\_ 1.12\_ Organigramm“).
- ➔ Die Vergabestelle behält sich vor, nicht in den sachlich dafür vorgesehenen Rubriken enthaltene Informationen nicht zu berücksichtigen.
- ➔ Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft hat die Eignung nachzuweisen, es sei denn, dass der Nachweis eines Bewerbers / Bewerbungsgemeinschaft ausreichend ist.

"Mussangaben" müssen zwingend angegeben werden.

In den Eignungskriterien sind teilweise aktuelle Drittbescheinigungen gefordert. Unter „aktuell“ wird verstanden, dass das Ausstelldatum der jeweiligen Drittbescheinigung nicht älter als 6 Monate gerechnet vom Tag der Einreichung des Qualifizierungsantrags bzw. der Gültigkeitszeitraum nicht überschritten sein darf.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Drittbescheinigungen entfällt, wenn und sofern ein vergleichbares Register nicht geführt wird bzw. eine Registrierung nicht erforderlich ist. Der Bewerber hat dies nachzuweisen und zu erläutern.

Im Sinne des vorherigen Absatzes sind ausländische Bewerber angehalten, vergleichbare Drittbescheinigungen vorzulegen. Deren Gleichwertigkeit ist nachzuweisen. Es wird dahingehend eine erschöpfende Darstellung erwartet. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die gesamte Bewerbung in deutscher Sprache zu fassen ist, also auch die jeweiligen Nachweise und Anlagen. Sollte ein amtliches Dokument oder Referenzangaben etc. nicht in deutscher Sprache gefasst sein, so muss eine wörtliche Übersetzung eines vereidigten Dolmetschers in deutscher Sprache vorgelegt werden.



Ein Bewerber kann sich – auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft – zum Nachweis seiner Eignung auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen beziehen:

- a) Bewerber, die von der Eignungsleihe Gebrauch machen möchten, müssen die Nachunternehmer, deren Eignung sie leihen, in der Bewerbung benennen und haben die betreffenden Eigenerklärungen und Nachweise für diese Unternehmen mit der Bewerbung einzureichen, wobei sich die Vorlagepflicht auf die Eignungsnachweise beschränkt, für die das Unternehmen die Eignung verleiht. Darüber hinaus muss für die Unternehmen das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 ff. GWB nachgewiesen sowie eine Verpflichtungserklärung vorgelegt werden, dass das Unternehmen dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Ergänzend wird auf § 47 SektVO hingewiesen. Der Auftraggeber macht – soweit relevant – von der Möglichkeit des § 47 Abs. 3 SektVO Gebrauch. Im Fall der Inanspruchnahme der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit müssen der Bewerber und der Eignungsverleiher daher im Umfang der Eignungsleihe gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung gegebenenfalls eine entsprechende Haftungszusage von den Eignungsverleihern des für den Zuschlag vorgesehenen Bewerbers verlangen. Wird dies nicht form- und fristgerecht eingereicht, wird das Angebot nicht berücksichtigt.
- b) Etwaige weitere Nachunternehmer (solche, die nicht zur Eignungsleihe genutzt werden) müssen im Teilnahmeantrag zunächst nicht namentlich benannt werden und die Nachweise gemäß Ziffer III.1.9) für die Nachunternehmer zunächst nicht eingereicht werden. Es muss nur der Fremdleistungsanteil angegeben werden.

Die Vergabestelle behält sich vor – ohne hierzu verpflichtet zu sein –, Eigenerklärungen und Nachweise nachzufordern. Außerdem wird sich vorbehalten, eine persönliche Vorstellung eines Bewerbers oder eine Besichtigung des Unternehmens des Bewerbers oder eines Referenzprojekts zu fordern, z. B. um die Eigenerklärungen auf deren Stichhaltigkeit zu überprüfen. Ein Anspruch des Bewerbers auf eine Nachforderung oder eine persönliche Vorstellung besteht nicht.

Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerbungen, die die Mindestbedingungen und/oder Ausschlussfristen nicht einhalten, ohne weitere Prüfung vom weiteren Verfahren auszuschließen.

Fragen sind **ausschließlich an die eVergabe-Plattform, [www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de)** zu richten. Auf anderem Weg übermittelte Fragen werden nicht berücksichtigt.

Sollten die Antworten von allgemeinem Interesse sein, werden sie allen Bewerbern in anonymisierter Form zugänglich gemacht

Nach dem Eingang der Bewerbungsunterlagen durch das bewerbende Unternehmen prüft die Vergabestelle den eingereichten Qualifizierungsantrag auf Vollständigkeit und Eignung.

Die Vergabestelle behält sich vor, ohne hierzu verpflichtet zu sein, Nachforderungen zum eingereichten Qualifizierungsantrag vorzunehmen.

Nach finaler Prüfung des Qualifizierungsantrages erfolgt eine entsprechende Kommunikation an das bewerbende Unternehmen.

## **2.2 Geräte-/ Musterprüfung**

### **2.2.1 Allgemeiner Ablauf**

Das bewerbende Unternehmen sendet **mit dem Qualifizierungsantrag alle geforderten Dokumente (Ausschlusskriterien, Selbstauskünfte, Gerätehandbücher, etc.)** über die e-Vergabe-Plattform via [www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de). Nach erfolgreicher formaler Prüfung der Unterlagen erfolgt die Aufforderung zur Lieferung des Testsystems an die Hamburger Energienetze GmbH.

Die Mustergerätebereitstellung und deren Zusendung sind für die Vergabestelle kostenfrei.

Die Vergabestelle prüft das Testsystem. Das bewerbende Unternehmen darf aufgetretene Mängel einmalig nachbessern.

Nach Abschluss der Geräte-/Musterprüfung erfolgt eine Rückmeldung über das Ergebnis an das bewerbende Unternehmen.

Es darf nur ein Leittechniksystem eingereicht werden.

#### **Anlieferadresse für die zu bemusternden Produkte/Geräte**

Hamburger Energienetze GmbH  
Bereich Leittechnik z.Hd. Hr. Heiko Dreger  
Bramfelder Chaussee 130  
22177 Hamburg

## **2.3 Fristen und Nachbesserungen**

Die Bearbeitung und Entscheidung des Antrages erfolgt entsprechend den Regelfristen nach § 48 SektVO. Dem Lieferanten wird bei fehlenden Unterlagen jeweils einmalig pro Schritt eine Frist gesetzt, innerhalb der er die fehlenden Unterlagen nachliefern kann. Unterlagen, die nicht innerhalb der Frist nachgereicht werden, werden nicht berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt in diesem Fall ohne Berücksichtigung dieser fehlenden Unterlagen.

Nach einem nicht bestandenen Schritt erhält der Lieferant die Möglichkeit zur Nachbesserung innerhalb einer angemessenen Frist, unter Beachtung der maximal möglich kumulierten Gesamtfrist von 6 Monaten. In allen anderen Fällen endet nach einem nicht bestandenen Schritt das Qualifizierungsverfahren mit der Bewertung „Qualifizierung nicht bestanden“. Nachbesserungen, die nicht innerhalb der Frist vorgenommen werden, werden nicht berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt in diesem Fall ohne Berücksichtigung dieser Nachbesserungen.

Der HNE-Bearbeitungszeitraum verlängert sich um die Summe der Fristen, die für die Nachreichung fehlender Unterlagen, Nachbesserungen und Wartezeiten (Startbedingungen Schritt 4) gewährt werden.

## **2.4 Zulässigkeit eines Antrages zur Qualifizierung**

Ein Antrag zur Qualifizierung kann von einem Lieferanten jederzeit gestellt werden. Handelt es sich jedoch bei dem Lieferanten um eine Wiederholung des Qualifizierungsverfahrens, so ist eine Frist von 12 Monaten zwischen Beendigung des vorangegangenen Verfahrens und des neuen Antrages einzuhalten.

Somit wird dem Lieferanten ein Zeitraum gewährt, um ggf. nötige Weiterentwicklungen des Systems vorzunehmen. Diese Maßnahme soll das kontinuierliche Nachliefern neuer Versionen im Qualifizierungsverfahren ausschließen. Ebenso können fehlende Unterlagen, Einstellungen usw. in diesem Zeitraum qualitätsgesichert erstellt werden, so dass ein neues Qualifizierungsverfahren möglichst effektiv durchgeführt werden kann.

Eine Beendigung des Qualifizierungsverfahrens kann folgende Gründe haben:

- Die Lieferanten-, technische oder Geräteprüfung sind erfolglos verlaufen.
- Die kumulierte Gesamtfrist von 6 Monaten wurde überschritten.

## **2.5 Ergebnis Qualifizierungsantrag**

Sofern der eingereichte Qualifizierungsantrag erfolgreich abgeschlossen wurde, erfolgt die Aufnahme in die "Liste der qualifizierten Unternehmen" bei der Vergabestelle.

Im Falle einer Ablehnung erfolgt eine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung des Qualifizierungsantrages an das bewerbende Unternehmen. Ein aufgrund mangelnder Qualifikation abgelehnter Bewerber kann sich nach einer Frist von 12 Monaten nach Ablehnung erneut auf das Qualifizierungssystem bewerben.

### **2.5.1 Gültigkeit der Qualifizierung**

Der erreichte Qualifizierungsgrad ist nicht zeitlich befristet. Die Qualifikation ist grundsätzlich dauerhaft gültig und wird nicht erneut geprüft. Der Auftraggeber behält sich aber vor, einzelne oder alle Unterlagen sowie die technische Eignung für den Erhalt der Qualifizierung bei Bedarf erneut und/oder in aktualisierter Fassung anzufordern bzw. umzusetzen.

Änderungen der für die Bewertung maßgeblichen Qualifizierungsangaben sind allerdings unverzüglich, unaufgefordert und eigenständig vom Bewerber vorzulegen.

### **2.5.2 Lieferanten-Qualitätsstatus (QS) nach erfolgreicher Qualifizierung**

- **Grün** = zugelassen
- **Gelb** = eingeschränkt zugelassen, Aktionsplan erforderlich
- **Rot** = Zulassung beendet

#### Zugelassen, QS **grün** in "Liste der qualifizierten Unternehmen"

Status: Qualitätsstatus voll erfüllt

Abweichung: Keine bis leichte Abweichung.

Auswirkung: Keine direkte Konsequenz für den QS-Status.

Eventuelle geringfügige Abweichungen werden innerhalb einer angemessenen Nachfrist beseitigt.

#### Eingeschränkt zugelassen, QS **gelb** in "Liste der qualifizierten Unternehmen"

Status: Qualitätsstatus gesenkt.

Abweichung: Beispielsweise die wiederholte/erhöhte Menge an kleineren und reparablen Abweichungen oder der Durchfall eines Produkt-/Gerätetypen bei der Geräte-/Musterprüfung im Zuge von Geräteaktualisierungen und Produktneuerungen

Auswirkung: Lieferanten-Aktionsplan zur Beseitigung innerhalb einer vereinbarten Nachfrist ist notwendig; ggf. Nichtberücksichtigung bei anstehenden Ausschreibungsverfahren je nach Abhilfemaßnahmen (Aktionsplan).

#### Zulassung beendet, QS **rot**

Status: Verlust der Zulassung.

Abweichung: Beispielsweise wiederkehrende/große Anzahl an Abweichungen, keine geeigneten Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen.

Auswirkung: Lieferant kann sich erst nach Ablauf von 12 Monaten Sperrfrist erneut bewerben.

### **2.5.3 Änderungen im Qualitätsstatus (QS)**

Ein zugelassener Lieferant startet grundsätzlich mit dem Qualitätsstatus **grün**.

Wird bei der späteren Auftragsabwicklung von der Vergabestelle eine Abweichung in einer Qualitätskategorie (z.B. verspätete oder mangelhafte Lieferung oder Leistung) festgestellt, ändert sich der Qualitätsstatus des Lieferanten.

Schlägt der Lieferant geeignete Abhilfemaßnahmen (Aktionsplan) vor, die von der Vergabestelle akzeptiert werden können, ändert sich der Qualitätsstatus von **grün** auf **gelb**.

Sind die vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen von der Vergabestelle nicht akzeptierbar (z.B. wegen Nichteignung zur Erzielung der vertraglich vereinbarten Qualität) ändert sich der Qualitätsstatus auf **rot**.

Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus **gelb** befindet und bei der nächsten Lieferung / Leistung wieder alle vertraglich vereinbarten Bedingungen erfüllt, wird wieder auf Qualitätsstatus **grün** gesetzt.

Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus **gelb** befindet und bei der nächsten Lieferung / Leistung in der gleichen Qualitätskategorie erneut Mängel vorweist, wird auf Qualitätsstatus **rot** gesetzt.

Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus **gelb** befindet und bei der nächsten Lieferung / Leistung in einer anderen Qualitätskategorie Mängel vorweist, wird dort ebenfalls auf Qualitätsstatus **gelb** gesetzt.

Die nachfolgende Lieferung / Leistung muss dann komplett mängelfrei erfolgen, damit der Lieferant den Qualitätsstatus **grün** zurückerhalten kann. Jeglicher Mangel (unabhängig von der Qualitätskategorie) führt dann zur Einstufung des Lieferanten in den Qualitätsstatus **rot**.

Ein Lieferant, der sich im Qualitätsstatus **grün** befindet und bei der nächsten Lieferung / Leistung in mehr als zwei Qualitätskategorien Mängel aufweist, wird sofort auf Qualitätsstatus **rot** gesetzt.

**Ein Lieferant, der in den Qualitätsstatus **rot** eingestuft wurde, verliert seine Zulassung für dieses Qualifizierungssystem und kann sich erst nach Ablauf von 12 Monaten nach Verlust der Zulassung erneut für die Erstqualifikation bewerben.**

### **2.5.4 Liste qualifizierter Bewerber**

Nach Auswertung der eingereichten Unterlagen erfolgt die Aufnahme in die Liste der qualifizierten Bewerber oder die Ablehnung.

Durch die Aufnahme in die Liste der qualifizierten Bewerber erwächst kein Rechtsanspruch auf Angebotsaufforderung.

## **2.6 Geräteaktualisierungen/ Produktneuerungen**

Sofern ein neues/aktualisiertes Produkt/Gerät bemustert werden soll, welches das erfolgreich bemusterte Produkt/Gerät des Systems ersetzen soll, kann das Produkt/Gerät entsprechend den unter Punkt 2.2 beschriebenen Anforderungen an die Geräte-/Musterprüfung jederzeit bei der Vergabestelle eingereicht werden. Nach Abschluss der Geräte-/Musterprüfung erfolgt eine Kommunikation an das qualifizierte Unternehmen über entweder

- die erfolgreiche Geräte-/Musterprüfung und die Aufnahme in die "Liste der qualifizierten Unternehmen" oder
- die nicht erfolgreiche Geräte-/Musterprüfung und ggf. die Herausnahme aus der "Liste der qualifizierten Unternehmen", sofern kein weiteres Produkt/Gerät bemustert ist und kein Aktionsplan festgelegt wird.

Sofern ein zusätzliches Produkt/Gerät bemustert werden soll, kann das Produkt/Gerät entsprechend den unter Punkt 2.2 beschriebenen Anforderungen an die Geräte-/Musterprüfung jederzeit bei der Vergabestelle eingereicht werden. Nach Abschluss der Geräte-/Musterprüfung erfolgt eine Kommunikation an das qualifizierte Unternehmen über entweder

- die erfolgreiche Geräte-/Musterprüfung und die zusätzliche Aufnahme in die "Liste qualifizierter Unternehmen" oder
- die nicht erfolgreiche Geräte-/Musterprüfung

## **2.7 Ausschreibungsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe**

Für ein Ausschreibungsverfahren werden nur Unternehmen herangezogen die erfolgreich qualifiziert sind und einen grünen Qualitätsstatus in der „Liste der qualifizierten Unternehmen“ besitzen. Bei Unternehmen mit einem gelben Qualitätsstatus kann eine Nichtberücksichtigung für ein Ausschreibungsverfahren abhängig von den vereinbarten Abhilfemaßnahmen (Aktionsplan) die Folge darstellen. Die Vergabestelle behält sich vor, den Zeitpunkt der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens selbst zu bestimmen.

Die konkreten Verfahrensbestimmungen des Angebotsverfahrens ergeben sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe des jeweiligen Vergabeverfahrens. Aus Gründen größtmöglicher Transparenz gibt die Vergabestelle gleichwohl vorab einige generelle Regelungen bekannt, auf deren Einhaltung allerdings kein Anspruch besteht und deshalb im Rahmen der Angebotsaufforderung durchaus Konkretisierungen und Änderungen erfolgen können:

- Bei den später abzugebenden Angeboten, die sich – unter Zugrundelegung der Zuschlagskriterien – wirtschaftlich wesentlich schlechter als der Wettbewerb

darstellen, kann sich der Auftraggeber bereits nach Angebotsabgabe dazu entschließen, den jeweiligen Bieter von weiteren Verhandlungen auszuschließen (Abschichtung).

- Die Auftragsvergabe steht unter dem Vorbehalt vorhandener öffentlich-rechtlicher Genehmigungen.
- Die Auftragsvergabe steht unter dem Vorbehalt einer von der Vergabestelle festzustellenden, wirtschaftlich vertretbaren Ausführung der Lieferungen/Leistungen.

## **2.8 Ende der Qualifizierung**

Die Qualifizierung für die Stationsleittechnik endet, wenn

- der Lieferant wesentliche Änderungen mitteilt, die zum Ende der Qualifizierung führen.
- der Lieferant wesentliche Änderungen mitteilt, die eine Requalifizierung nach Abschnitt 3 erfordern, die Requalifizierung aber nicht beantragt wird oder nicht erfolgreich ist.

HNE kann außerdem eine Qualifizierung beenden, wenn

- der Lieferant wesentliche Änderungen nicht anzeigt.
- der Lieferant falsche Angaben im Rahmen der Qualifizierung gemacht hat.
- sich gravierende technische Änderungen aufgrund neuer Anforderungen ergeben, die mit der qualifizierten Gerätetechnik nicht umsetzbar sind bzw. wenn die qualifizierte Gerätetechnik die Requalifizierung unter Berücksichtigung der technischen Änderungen nicht erfolgreich bestehen konnte.

## **3 Haftungsausschluss**

Das Zusenden personenbezogener Daten, zum Beispiel bei Angabe von Referenzen, kann auf freiwilliger Basis erfolgen. Mit Absenden der Bewerbung für das Qualifizierungssystem erteilt der Bewerber sein Einverständnis, dass die eingereichten Angaben vom Auftraggeber sowie etwaigen von ihm beauftragten Dritten für die Dauer der in Beantragung befindlichen und der bestehenden Qualifizierung gespeichert, verarbeitet und zum Zweck einer möglichen Kontaktaufnahme genutzt werden. Der Bewerber versichert, dass er zur Übermittlung aller personenbezogenen Daten berechtigt ist und ihm die Einwilligungen aller Personen vorliegen, deren personenbezogene Daten Gegenstand seiner Bewerbung sind.

Sofern der Bewerber oder die Person, deren personenbezogene Daten übermittelt wurden, zu einem späteren Zeitpunkt dieses Einverständnis widerrufen möchte oder eine Auskunft über die bei uns gespeicherten persönlichen Daten wünscht, genügt eine Nachricht über die Nachrichtenfunktion der deutschen eVergabe.

Der Bewerber hält den Auftraggeber, seine Mitarbeiter sowie von ihm beauftragte Dritte von etwaigen, aus der Einsendung personenbezogener Daten resultierenden Ansprüchen frei. Die Freihaltung umfasst auch die Abwehr unberechtigter Ansprüche.



## Geheimhaltungserklärung

des/der

[Firma bzw. Name], [Anschrift]

(nachfolgend „**Partner**“)

gegenüber der

Hamburger Energienetze GmbH, Bramfelder Chaussee 130, 22177 Hamburg

(nachfolgend „**HNE**“)

### Präambel

Die Parteien stehen in einer bzw. verhandeln über eine Zusammenarbeit (nachfolgend unabhängig vom Status der Zusammenarbeit oder Verhandlungen einheitlich „**Projekt**“). Verhandeln umfasst auch die Teilnahme des Partners am Wettbewerb / an der Ausschreibung / an den Vertragsverhandlungen zum Qualifizierungsverfahren Stationsleittechnik. Im Zusammenhang mit dem Projekt erhält der Partner Einblick in Produkte, Systeme, Prozesse und betriebliche Belange von HNE; und HNE überlässt dem Partner Informationen und Materialien, bzgl. derer HNE ein Geheimhaltungsinteresse hat. HNE betrachtet ihre unternehmerischen Belange sowie entsprechende Informationen und Materialien als Geschäftsgeheimnisse i.S.d. Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (**GeschGehG**), zu deren Schutz HNE gem. § 2 Nr. 1 lit. b) GeschGehG angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen treffen möchte. Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien ergänzend zu den Regelungen des GeschGehG das Folgende:

## **§ 1 Definitionen**

1. **„Geschäftsgeheimnisse“** sind alle Informationen i.S.v. § 2 Nr. 1 GeschGehG. Für die Zwecke der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung zählen die Parteien hierzu insbesondere folgende Arten von Informationen: Netzwerkaufbau, Netzwerkadressen sowie die grundlegenden Konzepte zur Kommunikation und Aufbau der Stationsleittechnik und Anbindung an die Netzführung egal ob in verkörperter oder elektronischer oder anderweitiger Form, einschl. analoger und elektronischer Daten und Dateien, physischer und virtueller Datenträger. Als Geschäftsgeheimnisse betrachten die Parteien zudem alle als „vertraulich“ (oder entsprechend) gekennzeichneten Informationen und Materialien, sowie alle weiteren nicht-offenkundigen technischen, kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Informationen über den Geschäftsbetrieb von HNE, ihre Verbundenen Unternehmen oder Geschäftspartner, bei denen nach ihrer Art und Natur typischerweise ein Geheimhaltungsinteresse besteht.
2. **„Reverse Engineering“** i.S. dieser Vertraulichkeitserklärung ist die Entschlüsselung von Geschäftsgeheimnissen aus Produkten, Informationen oder Gegenständen, welche HNE an den Partner offenbart oder überlassen hat, oder welche dem Partner auf sonstige Weise im Zusammenhang mit dem Projekt bekannt oder zugänglich geworden sind, durch Beobachten, Untersuchen, Rückbauen, Analyse, Testen oder ähnliche Aktivitäten.
3. **„Verbundene Unternehmen“** sind solche gemäß §§ 15 ff. AktG.

## **§ 2 Geheimhaltungspflichten und Entflechtung**

1. Der Partner verpflichtet sich, alle ihm im Zusammenhang mit dem Projekt offenbaren oder bekanntwerdenden Geschäftsgeheimnisse sowie Informationen und Materialien, die Geschäftsgeheimnisse enthalten oder aus denen sich solche ableiten lassen, streng vertraulich zu behandeln, vor unerlaubter Erlangung, Nutzung und Offenlegung zu schützen, und Dritten nicht zugänglich zu machen.
2. Geschäftsgeheimnisse dürfen vom Partner nur für die Zwecke des Projekts genutzt werden. Sie dürfen insbesondere nicht unbefugt kopiert, weitergegeben oder offengelegt werden.
3. Der Partner verpflichtet sich, seinen Mitarbeitern und ggf. berechtigt zur Vertragsdurchführung eingesetzten Dritten (bspw. Erfüllungsgehilfen wie Subunternehmer und/oder Freelancer) Geschäftsgeheimnisse nur auf einer Need-to-know-Basis im Rahmen von deren Aufgabenerfüllung zugänglich zu machen, und mit den betreffenden Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen seinerseits Vertraulichkeitsvereinbarungen zu treffen, deren Schutzniveau mindestens dem mit der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung geregelten Schutzniveau entspricht.

4. Falls der Partner davon Kenntnis erlangt, dass Geschäftsgeheimnisse einem nicht berechtigten Dritten offenbart worden sind, wird er HNE unverzüglich darüber informieren und soweit seinem Einfluss nach möglich, erforderliche Gegenmaßnahmen vornehmen.
5. Darüber hinaus bestehen die Handlungsverbote gem. § 4 GeschGehG.
6. HNE wird dem Partner keine wirtschaftlich sensiblen Informationen i.S.d. § 6a Abs. 1 EnWG oder wirtschaftlich vorteilhafte Informationen der HNE i.S.d. § 6a Abs. 2 EnWG offenlegen. Der Partner ist nicht befugt, auf solche Informationen zuzugreifen.

### **§ 3 Verbot des Reverse Engineering**

1. Dem Partner ist es ausdrücklich untersagt, sich Geschäftsgeheimnisse von HNE, ihren Verbundenen Unternehmen oder Geschäftspartnern durch Reverse Engineering zu beschaffen bzw. solche zu erlangen. Das Verbot umfasst sowohl die Tätigkeit des Reverse Engineerings als solches, als auch die etwaige Verwertung des durch Reverse Engineering erlangten Know-hows sowie die Nutzung und Verwertung jeglicher Gegenstände, die unter Verwendung solchen Know-hows hergestellt wurden.
2. Die in § 3 Abs. 1 Nr. 2 lit. b) GeschGehG geregelte Erlaubnis wird im Verhältnis zwischen den Parteien ausdrücklich abbedungen.
3. Unberührt bleiben gesetzliche Mindestrechte in Bezug auf Software gem. §§ 69d, 69e UrhG.

### **§ 4 Ausnahmen**

1. Die Geheimhaltungspflichten gem. § 2 dieser Vertraulichkeitserklärung gelten nicht für solche Informationen oder Materialien, die nachweislich (a) dem Partner bei Abgabe dieser Vertraulichkeitserklärung oder Bekanntgabe durch HNE bereits bekannt waren (der frühere Zeitpunkt zählt), oder dem Partner später durch Dritte zugänglich gemacht werden, ohne dass hierdurch eine gegenüber HNE bestehende Geheimhaltungspflicht verletzt wird, (b) bei Abgabe dieser Vertraulichkeitserklärung oder Bekanntgabe durch HNE (der frühere Zeitpunkt zählt) allgemein zugänglich sind oder später ohne Bruch einer Geheimhaltungspflicht allgemein zugänglich werden, (c) vom Partner unabhängig von der Kenntnis der im Rahmen des Projekts offenbaren oder zur Kenntnis gelangten Informationen oder Materialien entwickelt wurden und somit eine eigenständige Entdeckung oder Schöpfung darstellen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG), oder (d) aufgrund einer gesetzlichen oder behördlich angeordneten Offenbarungspflicht gegenüber einer Behörde oder einem Gericht bekanntgegeben werden müssen.
2. Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Ausnahmen des § 5 GeschGehG.

## **§ 5 Eigentum, Schutzrechte, Rückgabe und Löschung**

1. Das Eigentum und sämtliche Rechte, einschl. Schutz- und Urheberrechte sowie ergänzende Leistungsschutzrechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung an überlassenen Informationen und Materialien verbleiben bei HNE bzw. dem jeweiligen Rechteinhaber. Physisch überlassene Materialien sind HNE auf Anforderung unverzüglich zurückzugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht hieran steht dem Partner nicht zu. Auf den Systemen des Partners gespeicherte Geschäftsgeheimnisse von HNE, ihren Verbundenen Unternehmen oder Geschäftspartnern sind auf Anforderung von HNE unverzüglich zu löschen, und die Löschung schriftlich zu bestätigen. Bestehende gesetzliche Archivierungs- und Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt. Geschäftsgeheimnisse, die in routinemäßig elektronisch abgespeicherten Dateien enthalten sind oder aufgrund von Notfallwiederherstellungsprozessen gespeichert werden, müssen nicht gelöscht werden, soweit dies nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre, die Geheimhaltungsverpflichtungen aus dieser Vereinbarung unbeschränkt für diese Geschäftsgeheimnisse fortgelten und die Dateien nur vorübergehend und nicht dauerhaft als Notfallwiederherstellung gespeichert werden.
2. Im Falle endgültigen Scheiterns von Verhandlungen, insbesondere im Falle erfolgloser Teilnahme(n) des Partners an Wettbewerben, Ausschreibungen und Vertragsverhandlungen, ist der Partner mit dem Erhalt der Information, dass sein Angebot nicht berücksichtigt wird, spätestens jedoch nach Ablauf der Rechtsmittelfrist verpflichtet, sämtliche im Zusammenhang mit der erfolglosen Teilnahme an dem Wettbewerb, der Ausschreibung oder den Vertragsverhandlungen offenbarten Geschäftsgeheimnisse entsprechend § 5 Abs. 1 S. 3 – 5 zu löschen. Der Zeitpunkt der Verpflichtung zur Löschung verschiebt sich im Falle gesetzlicher Aufbewahrungspflichten entsprechend. Die grundsätzliche Pflicht zur Löschung ist davon aber ausgenommen.
3. Diese Vereinbarung und/oder die Bekanntgabe oder Zugänglichmachung von Geschäftsgeheimnissen begründet keine Lizenz oder sonstigen Nutzungs- oder Verwertungsrechte an Geschäftsgeheimnissen oder solche enthaltenden Materialien.

## **§ 6 Rechtsfolgen von Verstößen, Haftung**

1. Bei schuldhafter Verletzung der nach dieser Vertraulichkeitserklärung bestehenden Pflichten und Verbote zahlt der Partner an HNE eine von HNE nach billigem Ermessen festzusetzende und im Streitfall bzgl. ihrer Angemessenheit vom zuständigen Gericht zu überprüfende Vertragsstrafe. Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche sowie der weiteren Ansprüche gem. GeschGehG bleibt vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird auf weitergehende Schadensersatzansprüche angerechnet.
2. Zudem verpflichtet sich der Partner, HNE von sämtlichen Drittansprüchen einschl. der Kosten der Rechtsverfolgung freizustellen, die von Dritten (bspw. Geschäftspartnern) aufgrund einer tatsächlichen oder behaupteten Geheimhaltungspflichtverletzung des Partners geltend gemacht werden.

3. Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche sowie der weiteren Ansprüche gem. GeschGehG bleibt HNE vorbehalten. Eine bereits bezahlte Vertragsstrafe wird auf weitergehende Schadensersatzansprüche angerechnet.
4. Der Partner ist sich bewusst, dass die Verletzung von Geschäftsgeheimnissen gem. § 23 GeschGehG unter den dort geregelten Voraussetzungen auch strafbar sein kann.

### **§ 7 Gültigkeitsdauer**

1. Diese Vertraulichkeitserklärung tritt mit Unterzeichnung in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Die hiermit zustande kommende Vereinbarung kann nur aus wichtigem Grund gekündigt werden (§ 314 BGB).
2. Unbeschadet der Regelung zur Vertragsdauer bestehen die Pflichten und Verbote des Partners gemäß dieser Vertraulichkeitserklärung auch nach einem möglichen Scheitern der Verhandlungen bzw. während und über die Dauer der vertraglichen Zusammenarbeit zwischen den Parteien hinaus fort; so weit nicht im Einzelfall anders geregelt 5 Jahre ab wirksamer Beendigung der Zusammenarbeit bzw. dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen.

Für Geschäftsgeheimnisse, deren Erlangung und Nutzung durch, bzw. Offenlegung an, unbefugte Dritte erkennbar existenzgefährdend für HNE, ihre Verbundenen Unternehmen oder Geschäftspartner wäre (bspw. geheimes Know-how), gelten die nach dieser Vertraulichkeitserklärung für den Partner geltenden Pflichten und Verbote zeitlich unbegrenzt. Ebenfalls zeitlich unbegrenzt gilt das Reverse-Engineering-Verbot gem. obigem § 3.

### **§ 8 Schlussbestimmungen**

1. Für diese Vertraulichkeitserklärung gilt ausschließlich deutsches Recht.
2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist Hamburg. HNE ist berechtigt, gerichtliche Maßnahmen auch bei dem gem. § 15 GeschGehG zuständigen Gericht einzuleiten. Die gerichtliche Zuständigkeit gem. § 15 GeschGehG für auf Grundlage dieses Gesetzes geltend gemachte Ansprüche bleibt unberührt.
3. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung vereinbaren die Parteien schriftlich.
4. Sind oder werden einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Die Parteien ersetzen jede unwirksame Bestimmung und jede Vertragslücke durch eine wirksame Regelung, die dem wirtschaftlich Gewollten am nächsten kommt.

Hamburg, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Hamburger Energienetze GmbH  
Bramfelder Chaussee 130  
22177 Hamburg

\_\_\_\_\_  
**Firma Vertragspartner**

## EIGNUNGSKRITERIEN

### 1 Allgemeine Hinweise

Eignungskriterien, die die Eintragung in einem Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister und/oder das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB oder nach der Verordnung (EU) 2022/576 betreffen, sind von jedem am Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen (egal ob Bieter, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Unterauftragnehmer) selbst nachzuweisen. Die Dokumente sind in deutscher Sprache oder als Übersetzung einzureichen.

Eignungskriterien, die die wirtschaftliche und finanzielle oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit betreffen, sind von einem Bieter oder von einer Bietergemeinschaft lediglich insgesamt nachzuweisen (ggf. unter Einbeziehung der Kapazitäten von Unterauftragnehmern).

Sofern bei Eignungskriterien eine Maximalpunktzahl von 1 erreicht werden kann, handelt es sich um Mindestanforderungen. Bei Nichterreichen erfolgt ein Ausschluss aus dem Vergabeverfahren. Die in der eVergabe angegebene Gewichtung der Eignungskriterien hat keine Relevanz.

### 2 Kurzbeschreibung Qualifikationsprozess

Nachdem die Geheimhaltungsvereinbarung unterschrieben zugeschickt wurde, sind folgende Schritte zu berücksichtigen:

Das bewerbende Unternehmen muss:

1. die Anforderungen an die Befähigung zur Berufsausübung,
2. die Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und
3. die Anforderungen an die technische und berufliche Leistungsfähigkeit erfüllen und
4. in seinem Liefer-/Leistungsspektrum grundsätzlich über Produkte verfügen, die den geforderten technischen Anforderungen des jeweiligen Schwerpunktbereichs entsprechen und
5. für die angebotenen Produkte die Geräte-/Musterprüfung erfolgreich bestehen, um sich erfolgreich für den jeweiligen Schwerpunktbereich zu qualifizieren.

Ferner dürfen keine unter Punkt 11 der Eignungskriterien genannten Gründe für den Ausschluss vorliegen.

Der gesamte Qualifizierungsprozess wird ausführlich in der mitgeltenden Unterlage "Informationen zum Qualifizierungssystem - Stationsleittechnik" beschrieben.

### 3 Eigenerklärung des Bieters [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Ich bin mir / wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen / unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (1)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 4 Name des Bewerbers [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Firmen- / Bewerbungsgemeinschaftsname

### 5 Adresse der Firma / Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Adresseingabe (Straße & Hausnummer, Postleitzahl und Ort, Land)

### 6 Einzelbewerber / Bietergemeinschaft Teil 1/2 [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Wir erklären für unser Unternehmen, dass wir uns bewerben als (bitte ankreuzen)

Sofern "Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft" ausgewählt wurde, ist die beigefügte "Anlage\_Bewerbungsgemeinschaft" auszufüllen und dem Qualifizierungsantrag beizufügen.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Einzelbewerber (0)  
☐ Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, bestehend aus folgenden Unternehmen (nächstes Kriterium) (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 7 Einzelbewerber / Bietergemeinschaft Teil 2/2 [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Tragen Sie hier alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft ein, sofern Bewerbungsgemeinschaft zutreffend ist.

**8 Ansprechpartner\*in für das Qualifizierungssystem [Mussangabe]**

Gewichtung: 7,69%

Ergänzen Sie folgende Angaben für den/die Ansprechpartner\*in für das Qualifizierungssystem

Vor- und Nachname  
Position  
Telefonnummer  
E-Mail Adresse

**9 Ansprechpartner\*in für kaufm. Fragestellungen [Mussangabe]**

Gewichtung: 7,69%

Ergänzen Sie folgende Angaben für den/die Ansprechpartner\*in für kaufmännische Fragestellungen

Vor- und Nachname  
Position  
Telefonnummer  
E-Mail Adresse

**10 Ansprechpartner\*in für techn. Fragestellungen [Mussangabe]**

Gewichtung: 7,69%

Ergänzen Sie folgende Angaben für den/die Ansprechpartner\*in für technische Fragestellungen

Vor- und Nachname  
Position  
Telefonnummer  
E-Mail Adresse

**11 Ausschlussgründe**

Gewichtung: 7,69%

**11.1 Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1, 4 GWB [Mussangabe]**

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach § 123 Abs.1, 4 GWB:

Wir erklären für unser Unternehmen, dass hinsichtlich des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe (§ 123 GWB) folgendes gilt (bitte ankreuzen):

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Es liegen keine der in § 123 Abs. 1, 4 GWB genannten Verfehlungen vor. (1)  
☐ Es liegen folgende der in § 123 Abs. 1, 4 GWB genannten Verfehlungen vor (bitte in der nachfolgenden Zeile aufführen). (1)

Nur eine Antwort wählbar

**11.2 Ausschlussgründe: Verfehlungen spezifizieren**

Es liegen folgende der in § 123 Abs. 1, 4 GWB genannten Verfehlungen vor:

(Nähere Informationen - insbesondere über mögliche Selbstreinigungsmaßnahmen - werden auf entsprechende Anforderung des Auftraggebers vorgelegt.)

**11.3 Ausschlussgründe nach § 124 GWB [Mussangabe]**

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens fakultativer Ausschlussgründe nach § 124 GWB:

Wir erklären für unser Unternehmen, dass hinsichtlich des Vorliegens fakultativer Ausschlussgründe (§ 124 GWB) folgendes gilt (bitte ankreuzen):

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Es liegen keine der in § 124 Abs. 1 GWB genannten Verfehlungen vor. (1)  
☐ Es liegen folgende der in § 124 Abs. 1 GWB genannten Verfehlungen vor (bitte in der nachfolgenden Zeile aufführen). (1)

Nur eine Antwort wählbar

**11.4 Ausschlussgründe: Verfehlungen spezifizieren**

Es liegen folgende der in § 124 Abs. 1 GWB genannten Verfehlungen vor:

(Nähere Informationen - insbesondere über mögliche Selbstreinigungsmaßnahmen - werden auf entsprechende Anforderung des Auftraggebers vorgelegt.)

**11.5 Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG [Mussangabe]**

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens fakultativer Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 22 LkSG:

Wir erklären für unser Unternehmen, dass hinsichtlich des Vorliegens fakultativer Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 22 LkSG folgendes gilt (bitte ankreuzen):



- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Es liegt keine der in § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) genannten Verfehlungen vor. (1)
- ☐ Es liegen folgende der in § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) genannten Verfehlungen vor (bitte in der nachfolgenden Zeile auflisten). (1)

Nur eine Antwort wählbar

#### 11.6 Ausschlussgründe: Verfehlungen spezifizieren

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens fakultativer Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 22 LkSG

Es liegen folgende der in § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) genannten Verfehlungen vor:

#### 11.7 Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 [Mussangabe]

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Wir erklären für unser Unternehmen, dass

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ wir nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland, b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%, c) durch das Handeln im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutrifft. (1)

Nur eine Antwort wählbar

#### 11.8 Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 [Mussangabe]

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Wir erklären für unser Unternehmen, dass

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ die im Rahmen des Auftrags eingesetzten Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfallen, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören. (1)

Nur eine Antwort wählbar

#### 11.9 Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 [Mussangabe]

Gewichtung: 0,85%

Eigenerklärung hinsichtlich des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

Wir erklären für unser Unternehmen, dass

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ wir sicherstellen werden, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfallen. (1)

Nur eine Antwort wählbar

### 12 Befähigung zur Berufsausübung

Gewichtung: 7,69%

#### 12.1 Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister [Mussangabe]

Gewichtung: 7,69%

Erklärung und Nachweis zur Eintragung in einem Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister (bitte ankreuzen):

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Wir erklären für unser Unternehmen, dass wir einen aktuellen Nachweis über die Eintragung in einem Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister beigefügt haben. (1)
- ☐ Wir erklären für unser Unternehmen, dass wir nicht zu einer Eintragung in einem Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister verpflichtet sind. Einen alternativen Nachweis der erlaubten Berufsausübung fügen wir bei. (1)

Nur eine Antwort wählbar

### 13 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 7,69%

### 13.1 Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Gewichtung: 3,85%

Erklärung und Nachweis zum Vorliegen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Wir erklären für unser Unternehmen, dass (bitte ankreuzen):

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ein Versicherungsschutz in marktüblichem Umfang besteht und bei einem möglichen Vertragsschluss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird. (1)  
☐ Ein Versicherungsschutz in marktüblichem Umfang im Falle der Auftragserteilung unverzüglich abgeschlossen und während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird. (1)

Nur eine Antwort wählbar

### 13.2 Bonität [Mussangabe]

Gewichtung: 3,85%

Erklärung über das Vorhandensein einer bestimmten Bonität

Mindestanforderung: Bonitätsindex von A oder B (internationale Bewertung) bei Creditsafe.

Die Kreditwürdigkeit des Bewerbers bzw. der Mitglieder einer Bürgergemeinschaft wird mittels der Einholung einer Bonitätsauskunft überprüft.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Wir bestätigen, dass unser Unternehmen einen Bonitätsindex in der geforderten Höhe aufweist und sind einverstanden, dass die HNE sich eine entsprechende Bonitätsauskunft einholt. (1)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 14 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 7,69%

### 14.1 Technische Eignungskriterien [Mussangabe]

Gewichtung: 1,54%

Jeder Bieter muss nachweisen, dass er die technischen Anforderungen aus dem Lastenheft erfüllt. Dazu sind die technischen Eignungskriterien aus dem Dokument "Technische Eignungskriterien - Stationsleittechnik" auszufüllen und mit der Einreichung des Teilnahmeantrages zu übergeben.

Werden technische Eignungskriterien nicht erfüllt, führt dies zum Ausschluss aus dem Q-Verfahren.

Haben Sie die ausgefüllten Dokumente hochgeladen?

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (1)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 14.2 Referenzen (A) [Mussangabe]

Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Aufträge.

Es sind mindestens 2 Referenzen (eine Referenz zu IEC 61850 und eine Referenz zu IEC 60870-5-103/104) von in den letzten 3 Jahren (Stichtag: Einreichung des Teilnahmeantrages) abgeschlossenen Stationsleittechnikprojekten bei Netzbetreibern anzugeben.

Zu den Referenzen sind folgende Angaben zu machen:

- Referenz:
- Auftraggeber (Firma):
- Auftragsbeschreibung:
- Angaben zum Vertragsverhältnis (alleiniger Auftragnehmer, Mitglied einer Bietergemeinschaft, Nachunternehmer):
- Leistungszeitraum (bitte genaues Leistungsende angeben):
- Auftragsvolumen (Rechnungssumme):

Bitte im Textfeld ausfüllen.

### 14.3 Qualitätsmanagementmaßnahmen [Mussangabe]

Gewichtung: 1,54%

Erklärung und Nachweis zu Qualitätsmanagementmaßnahmen, die das Unternehmen während der Auftragsausführung anwendet.

Das bewerbende Unternehmen muss während der Auftragsausführung die Anforderungen aus (DIN EN ISO 9001:2015) an das Qualitätsmanagement erfüllen.

Wir erklären, dass (bitte ankreuzen):

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Unser Unternehmen nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifiziert ist und somit die oben genannten Anforderungen erfüllt. Einen gültigen Nachweis über das Vorliegen der Zertifizierung fügen wir bei. (1)  
☐ Unser Unternehmen zwar nicht nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifiziert ist, aber dennoch die oben genannten Anforderungen erfüllt. Einen gültigen Nachweis über das Vorliegen der oben genannten Anforderungen fügen wir bei. (1)

**14.4 Informationssicherheitsmanagementmaßnahmen [Mussangabe]**

Gewichtung: 1,54%

Erklärung und Nachweis zu Informationssicherheitsmanagementmaßnahmen, die das Unternehmen während der Auftragsausführung anwendet.

Das bewerbende Unternehmen muss während der Auftragsausführung die Anforderungen aus (ISO / IEC 27001) an das Informationssicherheitsmanagement erfüllen.

Wir erklären, dass (bitte ankreuzen):

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Unser Unternehmen nach ISO / IEC 27001 zertifiziert ist und somit die oben genannten Anforderungen erfüllt. Einen gültigen Nachweis über das Vorliegen der Zertifizierung fügen wir bei. (1)  
☐ Unser Unternehmen zwar nicht nach ISO / IEC 27001 zertifiziert ist, aber dennoch die oben genannten Anforderungen erfüllt. Einen gültigen Nachweis über das Vorliegen der oben genannten Anforderungen fügen wir bei. (1)

Nur eine Antwort wählbar

**14.5 Vertrags- und Auftragsabwicklung [Mussangabe]**

Gewichtung: 1,54%

Eigenerklärung zur Vertrags- und Auftragsabwicklung in deutscher Sprache

Wir erklären, dass:

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ unser Unternehmen in der Lage ist, die Vertragsabwicklung auch in allen Unterlagen und im Schriftverkehr in deutscher Sprache durchzuführen (1)

Nur eine Antwort wählbar

**15 Erklärung und Nachweis zur Eignungsleihe (sofern zutreffend)**

Gewichtung: 7,69%

**15.1 Eignungsleihe [Mussangabe]**

Erklärung und Nachweis zur Eignungsleihe (§ 47 SektVO)

Wir erklären für unser Unternehmen, dass wir im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle bzw. die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (bitte in der nachfolgenden Zeile aufführen) (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

**15.2 Eignungsleihe Drittunternehmen**

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Unternehmen und Leistungsbestandteile (bitte in der folgenden Form aufführen):

- Firma: \_\_\_\_\_
- Ansprechpartner: \_\_\_\_\_
- Anschrift: \_\_\_\_\_
- Telefon: \_\_\_\_\_
- Telefax: \_\_\_\_\_
- E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_
- Nachweise und Leistungsbestandteile, für die das Unternehmen seine Kapazitäten zur Verfügung stellt:  
 \_\_\_\_\_

**15.3 Eignungsleihe Nachweise**

Eignungsleihe Nachweise

- ☐ Keine Angabe  
☐ Einen aktuellen Nachweis des Drittunternehmens über die Eintragung in einem Berufs-, Handwerks- oder Handelsregister bzw., falls eine Eintragungspflicht nicht besteht, einen alternativen Nachweis über die erlaubte Berufsausübung fügen wir bei.  
☐ Als Nachweis, dass uns die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen, legen wir eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vor. Diese kann bspw. den in der Anlage „Beispiel-Verpflichtungserklärung“ beschriebenen Wortlaut aufweisen.

Mehrere Antworten wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Kaufmännische Unterlagen.zip	450,80 KB	
Dateianlage	Technische Unterlagen.zip	30,26 MB	